

Sitzungsniederschrift

6. Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsort: Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.106, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 14.03.2017	Sitzungsbeginn: 15:02 Uhr	Sitzungsende: 16:23 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Gossel, Arnold	CDU	
Mitglieder		
Bargmann, Bodo	CDU	
Harms, Antje	SPD	
Ihnen, Hermann	SPD	Vertretung für Herrn Wiard Siebels
Jelken, Friedhelm	CDU	
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	
Kleen, Barbara	SPD	
Looden, Holger	AfD	
Meyer, Alfred	SPD	
Röben, Hinrich	SPD	Vertretung für Frau Julia Feldmann
Roß, Helmut	Roß	
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Strömer, Wilhelm	FW	
Grundmandat		
Meyerholz, Hans-Gerd	GFA	
Gäste		
Wirsik, Petra	GRÜNE	
Verwaltung		
Hanekamp, Nicole		Protokollführerin
Saathoff, Irene		Amtsleiterin Zentrale Finanzverwaltung

TOP 4 **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 02.03.2017**

Die Niederschrift über die 5. Sitzung des Finanzausschusses am 02.03.2017 wurde einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 3

⇒ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 **Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 6 **5. Beratung des Haushaltsplanes 2017**

Zu Beginn der Sitzung wurden die Anlagen 1 bis 13 an die Anwesenden verteilt.

Frau Saathoff erläuterte ausführlich die Veränderungen im Entwurf des Haushaltsplanes. Im Vergleich zu den in den letzten Sitzungen beratenen Unterlagen seien in dem jetzt vorliegenden Zahlenwerk die Planungsjahre eingearbeitet worden.

Anlage 1 – Haushaltsvolumen 2017 und Haushaltsvolumen Finanzplanung

Der geplante Überschuss im Ergebnishaushalt liege für 2017 bei 1.989.400 €. Im Haushaltsplan 2016 sei für das Haushaltsjahr 2017 noch von einem Überschuss in Höhe von 516.400 € ausgegangen worden.

Nach der letzten Finanzausschusssitzung seien die Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Asylbewerberleistungsgesetz im Teilhaushalt des Sozialamtes korrigiert worden. Die Verbesserung liege bei 1,4 Mio. €. Die bereits in der letzten Sitzung angesprochene Reduzierung bei den Personalaufwendungen in Höhe von 100.000 € im Bereich der Bearbeitung des Unterhaltsvorschlusses beim Amt für Kinder, Jugend und Familie sei jetzt auch eingearbeitet worden.

Im Haushaltsjahr 2018 liege der Fehlbedarf voraussichtlich bei 2.646.800 €, im Haushaltsjahr 2019 bei 300.100 €. Für das Jahr 2020 werde zurzeit mit einem Überschuss in Höhe von 546.200 € gerechnet. Die Vorausschau für die Finanzplanjahre sei schwierig, zurzeit würden auf Bundes- und Landesebene verschiedene Gesetzesänderungen diskutiert, die evtl. auch zu Veränderungen in den Zuständigkeiten beim Landkreis führen könnten.

Anlage 2 – Veränderungen Erträge und Aufwendungen 2017 - 2016

Frau Saathoff führte weiter aus, dass die Erträge im Haushaltsjahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 11,59 Mio. € höher liegen würden.

Bei den Erträgen aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen würden in diesem Jahr die 5 Mio. € für die Erstaufnahmestellen der Flüchtlinge, die nur im Jahr 2016 erforderlich waren, fehlen.

Die steigenden Abschreibungen seien auf die im Finanzhaushalt eingeplanten Investitionen zurückzuführen.

Bei den Zinsaufwendungen für langfristige Kredite sei bei Neuaufnahmen mit einem Zinssatz in Höhe von 2,5 % gerechnet worden.

Anlage 3 – Erträge und Aufwendungen Finanzplanung

Frau Saathoff informierte zu den Veränderungen bei den Erträgen und Aufwendungen im Finanzplanungszeitraum.

Anlage 4 – Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Anlage 5 – Entwicklung Finanzausgleich und Kreisumlage 2015 bis 2020

Frau Saathoff erläuterte, dass gemäß der Steuerschätzung vom November 2016 mit Steigerungen bei den Steuereinnahmen beim Bund und den Ländern zu rechnen sei. Für 2018 sei mit einer Steigerung von 3,8 %, für 2019 mit 3,6 % und für 2020 mit 3,6 % zu rechnen. Diese Werte würden in etwa den vorliegenden Orientierungsdaten (2018 = 4 %, 2019 = 3,5 %, 2020 = 3,5 %) entsprechen.

Bei den Schlüsselzuweisungen habe sie in den Finanzplanungsjahren eine 3%-ige Steigerung eingeplant. Diese Steigerung liege somit noch unter der Steuerschätzung und dem Orientierungsdatenerlass.

Bei der Kreisumlage habe sie jetzt eine 1%-ige Steigerung für die Finanzplanjahre vorgesehen. In den Jahren 2013 bis 2016 habe die Steigerung bei der Kreisumlage der kreisangehörigen Gemeinden ohne die Stadt Aurich zwischen 2,4 und 7,94 % gelegen. Die jetzt eingeplante Steigerung sei somit durchaus realisierbar.

Der Verlustausgleich für die Ubbo-Emmius-Klinik gGmbH sei für die Jahre 2018 bis 2020 mit jeweils 8 Mio. € eingeplant worden. Hier bleibe die Entwicklung abzuwarten.

Haushaltsplan 2017 allgemein

Frau Saathoff sagte, dass in dem vorliegenden Entwurf kein Zuschuss für die Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden und das Europahaus eingeplant seien.

Abgeordneter Strömer sah die Nichteinplanung des Zuschusses für die Kreisvolkshochschule skeptisch.

Frau Saathoff antwortete, dass Landrat Weber bereits in der letzten Sitzung vorgetragen habe, dass davon auszugehen sei, dass die Kreisvolkshochschulen für 2016 einen guten Jahresabschluss vorlegen können. Es bleibe daher abzuwarten, ob ein Zuschuss des Kreises für 2017 erforderlich sein wird.

Abgeordneter Meyer machte den Vorschlag, das Ergebnis der Volkshochschulen für 2016 abzuwarten.



Anlagen 7 und 8 – Personalaufwendungen

Frau Saathoff erklärte, dass in dem jetzt vorliegenden Entwurf Personalaufwendungen in Höhe von 60.563.300 € eingeplant seien, die bereinigten Personalaufwendungen würden bei 50.462.900 € liegen. Für die Folgejahre sei eine Tarifsteigerung in Höhe von zwei Prozent eingeplant.

Anlage 6 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und sonstige ordentliche Aufwendungen

Die Steigerung bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sei darin begründet, dass Mittel in Höhe von 550.000 € aus dem investiven Bereich des Amtes für Kreisstraßen, Wasserwirtschaft und Deiche in die bauliche Unterhaltung des Ergebnishaushaltes verschoben worden seien. Für zusätzliche Bauunterhaltungsmaßnahmen seien Mittel in Höhe von ca. 1,1 Mio. € eingeplant. Hiervon würden ca. 455.000 € durch Schadensersatzleistungen erstattet werden.

Aufgrund einer gesetzlichen Änderung müsse die Anschaffung von Vermögensgegenständen bis 1.000 € ab dem 01.01.2017 im Ergebnishaushalt veranschlagt werden. Hierfür seien ca. 800.000 € vom Finanz- in den Ergebnishaushalt verschoben worden.

Die Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeit seien reduziert worden, weil der Haushaltsansatz für den Ausländerbeauftragten jetzt im Budget des Sozialamtes als Zuschuss eingeplant sei.

Frau Saathoff teilte weiter mit, dass sie den Haushaltsansatz für die Schülerbeförderung, der sich nach der vorgelegten Auswertung von 9,9 auf 9,0 Mio. € reduziere, bis zur nächsten Sitzung noch prüfen werde.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Differenz bei der Schülerbeförderung ergibt sich durch die seit dem 01.01.2017 vorzunehmende Veranschlagung der Regionalisierungsmittel des Landes im Haushalt des Landkreises. Der Landkreis leitete die Mittel an die Busunternehmen weiter. Diese Weiterleitung ist gemäß den Anforderungen der Statistik bei Zuschüssen an Unternehmen (= Transferaufwendungen) und nicht bei dem Sachkonto der Schülerbeförderung (= sonstige ordentliche Aufwendungen) zu buchen. Insgesamt steigen die Gesamtaufwendungen (netto) für die Schülerbeförderung im Plan von 9,9 auf rund 10,1 Mio. €.

Bei den Geschäftsaufwendungen und Erstattungen für die Aufwendungen Dritter aus laufender Verwaltungstätigkeit sei eine Reduzierung in Höhe von insgesamt 5 Mio. € vorgenommen worden. Hier seien im Jahr 2016 die Aufwendungen für die Erstaufnahmeeinrichtungen der Flüchtlinge eingeplant gewesen.

Abgeordneter Meyerholz wollte wissen, warum die Mitgliedsbeiträge reduziert worden seien.

Frau Saathoff sagte, dass die Information im Protokoll ergänzt werde.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Ansatz in Höhe von 33.800 € für Mitgliedsbeiträge für das Niedersächsische Studieninstitut wurde auf das Konto „Zuschüsse an sonstige öffentliche Sonderrechnungen“ umgeschichtet, da das Landesamt für Statistik diesen Aufwand nicht als Mitgliedsbeitrag, sondern als Zuschuss zum laufenden Betrieb bewertet.



Anlage 9 – Übersicht Teilhaushalte 2017

Anlage 10 – Ergebnisse der Teilhaushalte

Frau Saathoff erklärte, dass die Übersichten der Teilhaushalte die aktuellen Zahlen beinhalten würden. Die bereits erwähnten Verbesserungen beim Sozial- und Jugendamt sei dort ebenfalls enthalten.

Anlagen 11, 12 und 13 – Veränderungen in den Teilergebnishaushalten des Sozialamtes, Amtes für Kinder, Jugend und Familie und des Jobcenters

Im Teilhaushalt des Sozialamtes sei die wesentliche Veränderung bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (- 3.796.200 €) sowie den Zahlungen für das Quotale System (+ 3.348.400 €).

Im Amt für Kinder, Jugend und Familie würde die Veränderung insgesamt bei einer Verschlechterung von 1.307.400 € liegen. Es sei bei gleichbleibender Zahl an Hilfebedürftigen immer von einer Steigerung in Höhe von 3 % ausgegangen worden. Im letzten Jahr habe das Jugendamt eine positive Entwicklung verzeichnen können, sodass im Haushaltsjahr 2017 nur eine Steigerung von 2 % eingerechnet worden sei.

Der Teilergebnishaushalt des Jobcenters verbessere sich um ca. 1,5 Mio. €, weil höhere Erstattungen vom Bund für die Kosten der Unterkunft für anspruchsberechtigte Asylbewerber zu erwarten seien.

Anlage 13 – Wesentliche Produkte

Frau Saathoff erklärte, dass die Verwaltung die im Haushaltsplan 2016 festgelegten wesentlichen Produkte größtenteils übernommen habe. Die Politik müsse festlegen, welche Produkte inhaltlich und politisch eine wesentliche Bedeutung hätten. In dem Teilhaushalt Schulen sei das Produkt 218-02 (Schulträgeraufgaben Gesamtschulen) durch das Produkt 218-01 (Gebäudemanagement Gesamtschulen – aufgrund des geplanten Neubaus der IGS) ausgetauscht worden. Hierbei handele es sich jedoch nur um einen Vorschlag der Verwaltung, der durchaus noch in der abschließenden Sitzung geändert werden könne. Sie regte an, die Diskussion über die wesentlichen Produkte für den nächsten Haushaltsplan frühzeitig in den entsprechenden Fachausschüssen zu führen. Eine vollständige Produktübersicht sei dem Haushaltsplan 2016 zu entnehmen. Zudem seien im Haushaltsplan des Landkreises Aurich alle Produkte mit einer entsprechenden Produktbeschreibung enthalten. Gesetzlich vorgeschrieben sei nur eine Darstellung der wesentlichen Produkte.

Abgeordneter Meyerholz fragte, welche Beeinflussungsmöglichkeit die Politik bei den wesentlichen Produkten überhaupt habe.

Frau Saathoff antwortete, dass es gerade im sozialen Bereich schwierig sei, die wesentlichen Produkte seitens der Politik zu beeinflussen, da diese Zahlungen überwiegend aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen zu leisten seien.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel monierte, dass seit der Einführung des Neuen Kommunalen Rechnungswesens wenige Veränderungen bei den wesentlichen Produkten vorgenommen worden seien. Wünschenswert sei ihrer Meinung nach, eine Willensbekundung der Politik in dem Vorbericht aufzunehmen. Die Arbeit in der Haushaltskonsolidierungsgruppe sei bedauerlicher Weise nicht fortgeführt worden. Den bereinigten Personalmehraufwendungen in Höhe von 3,3 Mio. € stünden keine stei-



genden Bevölkerungszahlen gegenüber. Fraglich sei, ob die Verwaltungsstruktur angemessen sei. Die Vorberichte von anderen Landkreisen (z.B. Lüneburg, Celle, Rothenburg-Wümme) würden hierzu Vergleichszahlen enthalten. Abschließend bedankte sie sich bei Frau Saathoff für die zur Verfügung gestellten Unterlagen.

Abgeordneter Jelken erkundigte sich, wann die Unterlagen zum Haushaltsplan an die übrigen Kreistagsabgeordneten verteilt werden würden.

Frau Saathoff sagte, dass die zu Beginn der heutigen Sitzung verteilten Übersichten morgen im Laufe des Tages in Session freigeschaltet werden würden.

Vorsitzender Gossel informierte, dass die nächste Sitzung des Finanzausschusses für den 21.03.2017 vorgesehen sei, die Verwaltung aber eine Terminüberschneidung habe.

Frau Saathoff bat darum, die Sitzung auf den 24.03.2017 um 14.00 Uhr zu verschieben, weil Landrat Weber am 21.03.2017 einen Termin in Berlin habe und somit nicht an der Sitzung des Finanzausschusses teilnehmen könne.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel meinte, dass diese Terminverschiebung schwierig sei.

Abgeordneter Meyer sagte, dass der Nachmittag des 24.03.2017 bei einigen Abgeordneten fest verplant sei.

Abgeordneter Strömer sprach sich dafür aus, den Zeitplan für den Haushaltsbeschluss innerhalb der Fraktionsspitzen abzustimmen. Bei dem Haushaltsplan handele es sich um ein umfangreiches Werk, er sah eine Beschlussfassung in der Kreistagsitzung am 28.03.2017 als zeitlich schwierig an.

Nach kurzer Diskussion wurde vereinbart, dass Frau Saathoff den Termin für die nächste Finanzausschusssitzung (ggf. 24.03.2017 vormittags) abstimmen wird.

Anmerkung der Verwaltung:

Die nächste Sitzung des Finanzausschusses findet am Freitag, 24. März 2017, um 12.30 Uhr statt. In dieser Sitzung soll der Empfehlungsbeschluss zum Haushaltsplan 2017 gefasst werden. Die Beschlussfassung zum Haushalt ist in der Sitzung des Kreistages am 28.03.2017 vorgesehen.

Frau Saathoff ergänzte, dass das in dem Entwurf des Haushaltsplanes 2017 ausgewiesene vorläufige Ergebnis 2015 (Überschuss von ca. 6,9 Mio. €) noch nicht alle Buchungen enthalte. Es würden u.a. noch die Abschreibungsbuchungen ausstehen. Es sei davon auszugehen, dass der Fehlbetrag 2015 bei ca. 1 Mio. € liege.

TOP 7 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 8 **Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 9 **Schließung der Sitzung**

Vorsitzender Gossel schloss die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer um 16.23 Uhr.

gez. Gossel
Vorsitzender

gez. Hanekamp
Protokollführerin